Nr. 157 XXIX. Jahrgang — Freitag 8. Juli 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für auswärts M. 2.50, für das Ausland M. 12.–. Reklamezeile 81 mm breit, M. 8.–, mit Platzvorschrift M. 10.–, für das Ausland M. 20.–. Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 60 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75 frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13633, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Das Steuerprogramm der Reichsregierung

Von unserm Berliner parlamentarischen Mitarbeiter

Der Reichskanzler hat heute sein Steuerprogramm entwickelt . . . und da er schloß, scholl Beifall durch die Reihen und droben auf den Tribünen klatschten ein paar besonders Gerührte gar in die Hände. Das konnte wundernehmen, denn die Ankündigung neuer Steuern, auch wenn man sie Reparationsprogramm heißt, pflegt gemeinhin keine Begeisterung zu entfachen. In Wahrheit galt die mehr oder weniger laute Zustimmung auch nur dem Schluß der Wirthschen Rede. Da schwang der „Kanzler der Erfüllung" sich nämlich dazu auf, die Gegenrechnung aufzumachen. Länger als eine Stunde hatte er aus seinem Manuskript vorgelesen, wie er und seine Kollegen etwa — denn nur um die Richtlinien und gewisse Grundsätze handelt es sich einstweilen — die Aufbringung des ungeheuren Kontributionsbedarfs sich denken, dann sprach er frei. Sprach von den Sanktionen im Westen, die er gar nicht übel „Pressionen" nannte, und von dem kaum mehr zu ertragenden Druck im Osten. Und zog daraus den Schluß, der zugleich ein Appell an die, so es angeht, an Garantiekommission und Entente, war: die „armselige Quälerei der deutschen Volkswirtschaft" (wir zitieren zum andern Male Herrn Wirth) müßte ein Ende haben. Denn sonst erlahme Volk und Regierung der Impuls, Lasten von so gigantischen Maßen sich aufzubürden. Das wirkte, wie es immer befreiend wirkt, wenn von einem, den man — zu Recht oder nicht ist für diesen Zusammenhang gleichgültig — der Langmut und der Schwäche zeiht, ein mannhaft aufrüttelndes Wort vernommen.

Die eigentliche Steuerrede hatte man mit einigem Gleichmut angehört, mit jener Gelassenheit, mit der man unvermeidbare Uebel über sich ergehen läßt. Von diesen Steuerpartien konnte man nämlich sagen, was man in früheren gerühsameren Zeitläuften den jeweiligen Thronreden zu bescheinigen pflegte: sie brachte keine Ueberraschung mehr. Wir selber hatten gestern schon angedeutet, daß man auf die etwas phantastischen Pläne von der Erfassung der sogenannten „Goldwerte" voraussichtlich wohl verzichten würde. Das hat sich bewahrheitet. Herr Dr. Wirth will die alte Straße ziehen, „auf bekannten Wegen zum Ziel zu gelangen suchen", nannte er's. Solcherart, durch Anziehung der oft gedrehten manche meinen: der nachgerade überdrehten Steuerschraube, gedenkt der Kanzler aus direkten Abgaben 40¾ und aus indirekten 86¼ Milliarden herauszuschroten. Das sind aber, wie der Herr Reichskanzler hinzufügte, mäßige und vorsichtige Schätzungen. In Wirklichkeit hofft er auf ein Aufkommen von rund 100 Milliarden Papiermark. Die Spannung, die dann noch bleibt (denn schließlich sind diese 100 Milliarden immer erst 10 Milliarden in Gold) soll durch irgendeine Form der Erfassung der Kohle, Monopol oder Steuer, durch Exportabgaben und durch einen Ausgleich zwischen dem Inlands- und Auslandswert der Mark nach und nach beseitigt werden. Indes sind das alles vor der Hand doch nur Hoffnungen und Entwürfe und es hat im Grunde nicht viel Sinn, mit ihnen kritisch sich auseinanderzusetzen. Schon um deswillen nicht, weil bei diesen Umrissen und Anregungen, aus denen die kommenden Wochen und Monate ja erst Vorlagen formen sollen, manches unklar blieb, vieles wohl sogar von den Anregern selber nur erst in wesenlosem Schein gesehen ward. Das gilt nicht zuletzt auch von dem Reichsnotopfer, das für die einzelnen und für die Körperschaften, wenn wir Herrn Dr. Wirth richtig verstanden haben, zu einer Art dauernder Einrichtung, wenigstens für die nächsten zehn Jahre, werden soll.

Nur ein paar Einwände werden doch jetzt schon anzumelden sein. In den allgemeinen Betrachtungen, die der Reichskanzler seinem Exkurs über die künftigen Steuern voranschickte, meint er: bei der Gestaltung unsrer Einkünfte hätten wir uns längst der großen Preisrevolution anzupassen gelernt. Da rechneten wir die Papiermark nur noch zu 10 Pf. Aber wenn es dem Staat zu leisten gelte, tauchten versunkene Erinnerungen wieder auf und die Steuermark würde plötzlich uns zur Goldmark. Das ist ein Irrtum. Es mag sein, daß ein Teil der Lohnarbeiter und Beamten, auch manche Handelskreise, eine nominelle Verzehnfachung ihres früheren Einkommens erzielten. Auf die breite erwerbende Mittelschicht trifft es bei weitem nicht zu. Die wurde an ihren Ersparnissen und ihrem Einkommen gleich hart geschlagen. Wer hat denn überhaupt unter den Millionen Volksgenossen sein Einkommen vor dem Kriege verzehnfacht? Die meisten sind froh, wenn sie statt einer Goldmark jetzt fünf Papiermark verdienen. Ganz ähnlich ging der Herr Reichskanzler in die Irre, da er von den Reichsbetrieben sprach. Von denen, erklärte er, verlange man immerzu, daß sie nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt würden. So sie aber sich anschickten, die notwendigen Ausgaben in die Preise hineinzukalkulieren, schreie man Gewalt. Sollte Herrn Dr. Wirth, dem Finanzminister, bei der Aufstellung des letzten Etats wirklich entgangen sein, wie sehr die Budgets der Reichsbetriebe durch unproduktive Personalkosten belastet werden? Dergleichen kleine Vergeßlichkeiten, Irrtümer und Umstellungen läßt man dem Parteiredner und Agitator hingehen. Beim leitenden Staatsmann empfindet man's störend und ein wenig peinlich.

Jedenfalls müssen diese Irrtümer des Herrn Dr. Wirth entschieden berichtigt werden, damit nicht bei der Steuergesetzgebung und von der Entente falsche Schlüsse darauf gezogen werden.

Gewitterschwüle in Oberschlesien

Schon die gestern von uns veröffentlichten Nachrichten aus Oberschlesien bewiesen, daß die Entspannung, die mit der Vereinbarung über den gleichzeitigen Rückzug der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes eingetreten zu sein schien, nur sehr kurzfristig gewesen ist. Die Vorgänge in Beuthen und andern Städten zeigen, daß sich die allgemeine Lage seit einigen Tagen wieder erheblich verschlechtert hat. Eine schwüle, dumpfe Spannung liegt über dem Lande und jeden Augenblick kann sie sich erneut in schweren Unwettern lösen. Die „Räumung" ist wirklich nur eine Komödie gewesen; zwar sind die geschlossenen Verbände hinter die Grenze zurückgeführt worden, aber dort stehen sie und halten „Waffenübungen" ab. In allen Dörfern aber ließen sie Vorposten in der Bevölkerung zurück und in den großen Wäldern des Landes treiben Banden ihr Unwesen.

Auf fast allen Gruben und Hütten des angeblich befreiten Gebietes weht immer noch die polnische weißrote Flagge und auf den Chausseen sind ebenfalls noch immer Insurgentenposten zu bemerken, die nur mit polnischen Ausweisen versehene Personen passieren lassen. Die Stimmung ist deshalb sehr kritisch, weil man Grund hat, anzunehmen, daß die Entscheidung des Obersten Rates den Polen vorzeitig bekannt werden wird und sie danach ihr Verhalten einrichten werden. Die Amnestie ermöglicht es Korfanty, seine Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen und in sein Standquartier zurückzukehren.

Die jeden Tag in neuer veränderter Form auftauchenden Gerüchte über die „Teilungslinien", welche man in Ententekreisen angeblich für das Abstimmungsgebiet ins Auge gefaßt hat, erhöhen die allgemeine Unruhe nur noch. Es gibt solcher Linien jetzt schon fünf oder sechs, und es hat keinen Wert, sie zu besprechen, da jeder Tag neue Abweichungen und neue Kombinationen bringt.

Am 21. Juli ist der Jahrestag des ersten polnischen Aufruhrs. Wie wir hören beabsichtigen die Polen, ihn „mit ganz besonderer Feierlichkeit" zu begehen. Wir haben unsre sehr berechtigten Befürchtungen, worin diese „besonderen Feierlichkeiten" bestehen werden. In deutschen Kreisen sieht man diesem Tage nach der Auflösung des Selbstschutzes, die vorgestern offiziell verkündet wurde, mit den längsten Befürchtungen entgegen. Zahlreiche Familien denken daran, das Land zu verlassen, und weit mehr noch hätten dies längst schon getan, wenn sie wüßten, wohin sie sich wenden und wo sie Unterschlupf suchen sollten. Die Interalliierte Kommission in Oppeln ist gewarnt — aber gewarnt war sie auch vor dem Ausbruch des dritten Aufstands im Mai, und wir haben wenig Vertrauen in die von ihr vorgesehenen Schutzmaßregeln. Die Franzosen haben zahlenmäßig die Uebermacht, in ihrer Hand liegt die oberste Kommandogewalt und ihr Träger heißt Le Rond. Immer noch Le Rond.

Der Beuthener Zwischenfall von Polen ins Werk gesetzt

* **Oppeln**, 6. Juli. Es kann als einwandfrei festgestellt werden, daß der Beuthener Zwischenfall von polnischer Seite ins Werk gesetzt worden ist, um die Räumungsaktion zu unterbrechen und die Herstellung friedlicher Verhältnisse in Oberschlesien hintanzuhalten. Der Schuß, durch den der französische Major getötet wurde, ist aus dem französischen Kasinogarten gekommen, und wie auf ein Signal hin folgten hierauf Schüsse polnischer Insurgenten aus einer Seitengasse mitten in die Menge hinein. Die ärztliche Sektion des getöteten Offiziers hat einwandfrei ergeben, daß der Getötete nicht durch eine Pistolenkugel, sondern durch einen Gewehrschuß getötet worden ist. Hieraus folgt, daß die Kugel entweder von polnischer oder französischer Seite abgegeben worden ist, weil die Deutschen nicht im Besitz von Gewehren, sondern nur von Pistolen oder Revolvern sind.

Rybnik erneut in Gefahr

+ **Ratibor**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Der Streik auf der Charlotten- und Römergrube bei Rybnik hält an. Besonders zugespitzt haben sich die Verhältnisse in der Römergrube, wo die deutschen Beamten ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Die Quartiermacher für die polnischen Beamten und Offiziere sind bereits eingetroffen. Zwei Wagen waren mit Waffen und Ausrüstungen voll beladen. Aus Gleiwitz wird gemeldet, daß die Polen aus Richtung Rybnik nach Ratibor vorrücken. Aus Rybnik sind die Franzosen und Engländer abgerückt, um die polnische Grenze zu besetzen. In Chwallowitz, Kreis Rybnik, liegen ungefähr 200 Insurgenten in Bereitschaft, da in den nächsten Tagen ein Angriff auf die Stadt Rybnik geplant ist. Aus der Charlottengrube wird gemeldet, daß dort ebenfalls Polen in Bereitschaft liegen.**

*

Verschärfter Belagerungszustand in Kattowitz

CD **Kattowitz**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der verschärfte Belagerungszustand mit der auf 6 Uhr festgesetzten Polizeistunde dauert an. Am Mittwoch vormittag zogen starke englische Truppenabteilungen mit Artilleriematerial in Beuthen ein. Der Einzug ist diesmal ohne besondere Kundgebung in voller Ruhe verlaufen. Je zwei Engländer und zwei Franzosen versehen als Patrouillen in der Stadt den Ordnungsdienst. Der Eisenbahnverkehr wird, da von Beuthen aus die auf französischen Befehl erlassene Verkehrssperre andauert, um die Stadt herum bis zu den Vorstationen Bobrik und Chorzow aufrechterhalten. Die Züge von Berlin nach Kattowitz verkehren über Gleiwitz, Ruda, Morgenroth. Für den heutigen Donnerstag ist die feierliche Ueberführung des am Montag erschossenen französischen Majors nach Frankreich geplant.

*

Absetzung des deutschen Landrats verlangt

+ **Kattowitz**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Kreisrat Dr. Gornek hat dem Landrat des Kreises Kattowitz eine Resolution überreicht folgenden Inhalts: „Die heute im Rathaus von Zaborze bei Kattowitz versammelten Gemeindevorsteher des Kreises Kattowitz fordern die Entsetzung des deutschen Landrats von seinem Amte. Wir werden uns niemals darein fügen, daß an der Spitze unsres Kreises ein deutscher Landrat steht. Wir fordern die Ernennung eines polnischen Landrats. Wir werden uns künftig an keinen deutschen Landrat wenden und seinen Anordnungen nicht Folge leisten." An der Versammlung nahmen in Wirklichkeit nur einige Gemeindevorsteher teil.

*

Standrechtliche Erschießung polnischer Insurgenten

zz. **Oppeln**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der gestrige Tag ist in Beuthen ruhig verlaufen. Der erste Bürgermeister der Stadt Dr. Stephan wurde ausgewiesen. Es sind keine weiteren Verhaftungen erfolgt. Die englischen Truppen haben in Myslowitz drei Insurgenten, die auf einziehende Truppen aus dem Hinterhalt gefeuert hatten, standrechtlich erschießen lassen. (Hätte man dieses summarische Verfahren der Engländer früher angewandt, so wäre viel Blutvergießen erspart geblieben. Hoffentlich bleibt der Fall nicht vereinzelt. Die Red.)

Aus Oberschlesiens schwersten Tagen

Die Denkschrift des Auswärtigen Amts

Der preußische Staatsrat hat am letzten Sonnabend eine Entschließung angenommen, in der dem Wunsch Ausdruck gegeben wird, die Reichsregierung möge umgehend einen Bericht über Entstehung und Verlauf des Aufruhrs in Oberschlesien der Oeffentlichkeit unterbreiten. Die Reichsregierung ist diesem Wunsche zuvorgekommen. Das Auswärtige Amt hat soeben ein Graubuch veröffentlicht, das eine Zusammenstellung des bisher dort eingegangenen authentischen Materials über den dritten Aufstand in Oberschlesien Mai/Juni 1921 enthält. Die Zusammenstellung wird eingeleitet von einem knappen Tatsachenbericht über Entstehung und Verlauf der Aufruhrbewegung. Bringt dann Auszüge aus protokollarischen Aussagen über die Greueltaten, Verschleppungen, Plünderungen und Verwüstungen der polnischen Insurgenten, gibt eine Anzahl Originaldokumente in Faksimile wieder, die gefangenen oder gefallenen Aufständischen abgenommen wurden — teilweise mit deutscher Uebersetzung — und veranschaulicht und vervollständigt dieses schwer belastende Material durch etwa 60 Lichtbilder.

Natürlich ist das zusammengetragene Material noch äußerst lückenhaft. Erst nach der Befreiung und Säuberung des von den Insurgentenbanden heimgesuchten Gebietes wird es möglich sein, einen mehr ins Detail gehenden Bericht zu geben und ein der fürchterlichen Wirklichkeit voll entsprechendes Bild zu zeichnen. Das Auswärtige Amt hat auch die Absicht, seiner jetzigen Denkschrift eine Ergänzung folgen zu lassen. Aber schon, was das vorliegende Graubuch enthält, ist so erschütternd und überzeugend zugleich, daß einen trotz aller aus dieser schweren Zeit geborenen Abstumpfung der Menschheit ganzer Jammer anfaßt. Es ist ein fürchterlicher Anschauungsunterricht, der auch den Gleichgültigsten aufrütteln muß und der den Wunsch weckt, diese Bilder und Dokumente den breiten Volksmassen in den Lichtspielhäusern zugänglich zu machen. Freilich, Franzosen und Polen möchten als die moralisch Schuldigen leicht Einspruch erheben.

Denn darüber gibt euch schon das Graubuch genügend Auskunft, welch schimpfliches und verbrecherisches Ränkespiel von beiden mit dem armen Land und seiner gehetzten Bevölkerung gespielt worden ist. Während man in Belgien gegen sogenannte Kriegsverbrecher verhandelt, wandeln in Warschau und Paris gewissenlose Politiker, die eine unerhörte Kulturschande auf sich geladen haben, ungestraft unter Palmen, präsidiert Le Rond, der Handlanger und Büttel dieser politischen Lumperei, ruhig weiter die Interalliierte Kommission, der das unglückliche Land „zu treuen Händen" übergeben war, amnestiert diese Kommission in dem schlimm verschwiegenen Gefühl, daß sie einen schweren Teil der Verantwortung für das Geschehene trägt — die Pumpen, deren Totenlanz sie mitverschuldet und solange geduldet hat. Viele Hunderte sind in bestialischer Weise hingeschlachtet worden; viele Tausende sind mißhandelt, beraubt, vergewaltigt, verschleppt, von Haus und Hof vertrieben, aus Amt und Brot verjagt worden. Das Land ist verwüstet, Brücken und Bahnhöfe sind gesprengt, Häuser, Schlösser, Schulen und Kirchen verbrannt oder von Geschützfeuer zerstört, öffentliches Eigentum und Privatbesitz weggeschleppt, Kassen geplündert, Kontributionen erpreßt, Vieh und Pferde weggetrieben und die Ernte teilweise vernichtet worden. Die polnischen Horden haben schlimmer als die Tillyschen Mordbrennerscharen gehaust. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenverein hat den angerichteten Schaden auf drei Milliarden Mark abgeschätzt. Wie werden sich die J. A. K. und die Entente zu diesen Schäden verhalten? Wird man auch in diesem Falle etwas von „Wiedergutmachung" wissen wollen? Um Antwort wird gebeten!

Einiges sei aus der Denkschrift herausgegriffen, das ein besonders grelles Schlaglicht auf die Vorgänge wirft:

Gerade wenige Tage vor dem Ausbruch des Aufstandes entschloß sich General Le Rond zu „einer dringenden Dienstreise", und ebenfalls einige Tage vor Ausbruch der Erhebung wurde die einzige Kompagnie, die im Landkreise Beuthen, einem der unruhigsten Distrikte, lag, auf Befehl aus Oppeln just aus dem Gebiete, in dem der Aufruhr losbrach, entfernt.

Kongreßpolen und die von der polnischen Regierung geleistete Unterstützung bildeten den Rückhalt des Aufstandes. Die staatlichen polnischen Funkenstationen in Warschau und Posen standen Korfanty zur Verfügung, um seine Lügennachrichten zur Irreführung der öffentlichen Meinung in die ganze Welt hinauszusenden. Die oberschlesisch-polnische Grenze war trotz wiederholter Vorstellungen der deutschen Regierung und entgegen allen Versicherungen der alliierten Mächte und der polnischen Regierung die ganze Zeit über offen. Korfanty hatte jenseits der Grenze seine Hilfstruppen, aus denen er Menschen und Material, soviel er wollte, ohne Schwierigkeit nach Oberschlesien heranzuschaffen in der Lage war.

Bereits in den ersten Stadien der Aufstandsbewegung zeigte es sich, daß ein großer Prozentsatz der Aufständischen nicht in Oberschlesien beheimatet, sondern aus Kongreßpolen hereingeströmt war. Haltlose Aufrufe in Zeitungen und öffentliche Maueranschläge forderten in ganz Polen zum Eintritt in die Insurgentenarmee auf. Weitgehende Versprechen guter Bezahlung lockten auch viel arbeitsloses und lichtscheues Gesindel herbei, das ohne die geringsten Bedenken in die Reihen der Insurgenten eingestellt wurde. In den staatlichen Universitäten und Bildungsanstalten Polens, wie auch in den Kadettenkorps, wurden Studenten und Zöglinge zum Eintritt in die Insurgentenarmee gedrängt; in den Truppenteilen der regulären Armee forderten die Vorgesetzten ihre Untergebenen zur Meldung nach Oberschlesien auf, die Desertion zu diesem Zwecke wurde gebilligt und begünstigt, die Heeresangehörigen beim Generalkommando in Posen mit Kriegsbeihilfe, falschen Papieren und Geldmitteln versehen.

Selbst geschlossene Truppenverbände wurden nach Oberschlesien kommandiert: vier Kompagnien des Infanterieregiments 27 wurden über Harby nach Lublinitz transportiert; eine Kompagnie des Infanterieregiments 18 erschien geschlossen im Kreise Rosenberg; eine aus dem Ulanenregiment 15 zusammengestellte Schwadron in Stärke von etwa

Deutschland und Amerika

Eine 800-Millionen-Dollar-Anleihe?

B. **Berlin**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In New-York zirkuliert, wie „Chicago Tribune" meldet, das Gerücht, daß Deutschland demnächst Amerika Eröffnungen wegen der Aufnahme einer Anleihe machen werde. Man glaubt, Deutschland wünsche, daß die in Amerika beschlagnahmten deutschen Güter der Aufsicht eines Rates deutscher und amerikanischer Kuratoren übergeben werden, die auf Lebenszeit gewählt werden sollen. Dies würde die Aufnahme einer Anleihe von 800 Millionen Dollar gestatten, welche durch Privatbanken garantiert werden sollten. Deutschland soll bereits die Zustimmung verschiedener Banken und deutscher Eigentümer erhalten haben, deren Güter in Amerika beschlagnahmt worden sind. Die Bankiers seien dieser Lösung nicht abgeneigt unter der Voraussetzung, daß die Finanzoperation zur Basis den Dollar und nicht die deutsche Mark hat. Der Fortgang der Verhandlungen hängt natürlich von der Haltung der offiziellen Kreise in Washington ab.

*

Harding und die Reparationsfrage

⚔ **Paris**, 6. Juli. „Chicago Tribune" meldet aus Washington: Präsident Harding erklärte, daß die Vereinigten Staaten an der Festsetzung der deutschen Entschädigung interessiert seien, und daß bis die deutschen Reparationen und die andern Vertragsbestimmungen erfüllt sein würden, die amerikanischen Truppen möglicherweise am Rhein bleiben würden. Es sei zu erwarten, daß einige sehr einflußreiche Kabinettsmitglieder dazu raten würden, die Truppen während der Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland und zwischen Amerika und den Alliierten über die aus dem Kriege herrührenden Fragen am Rhein zu belassen. In gewissen Kreisen der Regierung glaubt man allerdings doch noch, daß der erste Schritt nach der Unterzeichnung der Friedensproklamation die Abberufung der amerikanischen Truppen aus Deutschland sein wird.

*

Keine sofortige Freigabe des deutschen Vermögens

⊖ **Rotterdam**, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Washington: Im Senatsausschuß teilte Hughes auf eine Anfrage Johnsons mit, daß die Freigabe der deutschen Werte und Vermögen in den Vereinigten Staaten nicht sofort erfolgen können, sondern gesetzlicher Regelung, die längere Zeit in Anspruch nehmen würde, unterliegen müsse. Die Neubesetzung des Botschafterpostens in Berlin erfolgt am 1. August.

Die englisch-irischen Verhandlungen

London, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Konferenz, die nach der Rückkehr von Smuts aus Irland in London stattfand, dauerte bis in den späten Nachmittag. Gegenüber der Presse wird das größte Stillschweigen bewahrt. Aber aus einigen Aeußerungen glaubt man schließen zu können, daß innerhalb weniger Tage ein Waffenstillstand in ganz Irland proklamiert werden wird. Inzwischen dauern die Anschläge in Irland fort. Die englischen Blätter machen Propaganda für einen Waffenstillstand in Irland während der Unterhandlungen. Die „Times" heben jedoch hervor, daß diese Frage mit Schwierigkeiten verknüpft sei, denn, so sagt das Blatt, die Guerilla-Streitkräfte von Sinnfein stehen nicht unter einer Zentralleitung. Nach dem Blatt haben bereits einige Tage lang keine Repressalien durch die Regierungstruppen stattgefunden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19210708/1